

Sozialistische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek


PREIS 20 PF

EUROPA ODER EUROPA-AG.?

D R . K U R T S C H U M A C H E R

Rs

27012

— 1

Wollen Sie sich laufend über die politischen Ereignisse und Meinungen unterrichten? Wollen Sie ein Blatt lesen, das wegen seiner klaren und positiven Haltung immer mehr Freunde gewinnt?

Neuer Vorwärts

Der „Neue Vorwärts“ ist das Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und eine unentbehrliche Hilfsquelle für jeden, der wissen will, um was es in Wirklichkeit geht. Der „Neue Vorwärts“ kostet monatlich 1,20 DM frei Haus. Verlangen Sie bitte Probenummern.

NEUER VORWÄRTS-VERLAG, NAU & CO.
HANNOVER, ODEONSTRASSE 16

Inhaltsübersicht

Außenpolitik mit Verfassungsbruch	3
Besatzungsrecht als Ermächtigungsgesetz	5
Der dementierte Kanzler	6
Die Aufgabe des Parlaments	7
Politisches Risiko zu Lasten Deutschlands	8
Verdächtige Neu-Europäer	9
Deutschlands Beitrag zur Sicherheit Europas	9
Das Ueberangebot des Bundeskanzlers	10
Vergessen wir die Kriegsgefangenen nicht!	11
Schwerindustrielle Außenpolitik	12
Kein wirklicher Demontagestop	13
Die Karten auf den Tisch!	15
Klarheit über das Ruhrstatut	16
Adenauer gibt die Saar preis	19
Oder-Neiße-Linie des Westens	20
Reaktionäre Personalpolitik beunruhigt das Ausland	21
Die SPD faßt Deutschland europäisch auf	22
Den Bundeskanzler verließen die Nerven	23
(Aus der Antwort Dr. Schumachers auf Dr. Adenauers Debatterede)	
Kampf zweier Welten	24

Außenpolitik mit Verfassungsbruch

In der 16. Sitzung des Bundestags, am 10. November 1949, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen: 1. Erklärung der Bundesregierung über ihre politischen Beschlüsse im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz; 2. Aussprache über diese Regierungserklärung.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte dazu: „Ich bin nicht in der Lage, eine solche Erklärung heute abzugeben. Ab Montag nächster Woche bin ich aber jederzeit dazu bereit.“

Abgeordneter Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, sagte zur Begründung des Antrags:

„Sie wissen, daß in Paris gegenwärtig eine Konferenz der drei Außenminister tagt, die sich mit Deutschlandfragen beschäftigt. In der deutschen und internationalen Presse haben wir in den letzten Tagen Mitteilungen über die Haltung — die angebliche Haltung — der deutschen Bundesregierung gelesen. Bis zur Stunde haben wir keine Erklärung der deutschen Bundesregierung darüber, ob diese Mitteilungen zutreffen, oder welche Schritte die Bundesregierung unternommen hat, um auf der Pariser Konferenz den deutschen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Wir sind auf der Pariser Konferenz nicht vertreten.

Es ist ohne Zweifel, daß die wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes in Paris in diesen Tagen verhandelt werden.

Wir sind der Auffassung, daß es angesichts der zur Zeit bestehenden völligen Unklarheit über die Haltung der Regierung, angesichts der sich außerordentlich stark widersprechenden Meldungen in der Presse und angesichts der Tatsache, daß der Herr Bundeskanzler und führende Minister seiner Regierung in deutschen und ausländischen Zeitschriften materiell zu der Tagesordnung der Pariser Konferenz in den letzten Tagen Stellung genommen

haben, unbedingt erforderlich ist, daß jetzt noch, während dieser Verhandlungen in Paris, dem Hohen Hause die Möglichkeit gegeben wird, den Standpunkt der Bundesregierung kennenzulernen, und gleichzeitig die Möglichkeit gegeben wird, die Auffassung der in diesem Hohen Hause vertretenen Parteien zu den in Paris zur Diskussion stehenden Fragen öffentlich festzustellen.

Wir sind der Meinung, daß eine solche Aussprache eine nationale Notwendigkeit ist, damit die Außenminister in Paris wissen, in welchem Umfang die deutsche Bundesrepublik, die einzelnen Teile des deutschen Volkes bereit sind, einen Beitrag zu einer ehrlichen Verständigung mit den anderen Völkern Europas zu leisten, daß auf der anderen Seite aber ebenso klar ist, welche Möglichkeiten und Grenzen wir als deutschen Beitrag für eine solche Verständigung sehen . . .“

Abgeordneter Ollenhauer wurde hier durch fortgesetzte Zurufe von rechts unterbrochen, deren Ziel es war, den Bundestagspräsidenten Köhler zu veranlassen, dem Abgeordneten Ollenhauer das Wort zu entziehen. Herr Dr. Köhler kam diesem Begehren auch insoweit nach, als er den Abgeordneten Ollenhauer aufforderte „sich im wesentlichen auf die Begründung seines Geschäftsordnungsantrags zu beschränken“.

Abgeordneter Ollenhauer sagte daraufhin: „Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, meine Damen und Herren, daß Sie, wenn Sie unseren Antrag ablehnen, auch einen Teil der Verantwortung für die Resultate der Pariser Konferenz übernehmen.“

Nachdem der Fraktionsvorsitzende der CDU, Abgeordneter Dr. v. Brentano, dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion unter Beifall aus den Regierungsparteien widersprochen hatte, konstatierte der Präsident, daß die von den Sozialdemokraten geforderte Erklärung des Bundeskanzlers mit folgender Aussprache nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die Regierungsparteien und Präsident Dr. Köhler (der sich auch bei dieser Gelegenheit nicht als Präsident des Parlaments, sondern als Präsidenschaftswerkzeug der Koalitionsparteien benahm) nahmen noch in der gleichen Sitzung Gelegenheit, durch einen offenen Verfassungsbruch zu unterstreichen, daß sie lieber das Parlament ausschalten lassen, als die Geheimpolitik ihres Kanzlers der sachlichen Kritik der gewählten Volksvertreter aussetzen wollen.

Abgeordneter Ollenhauer stellte, unter Berufung auf Artikel 39 Absatz 3 des Grundgesetzes, den Antrag, noch am selben Abend eine Sitzung des Bundestags einzuberufen, um einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Abgabe einer Regierungserklärung aus Anlaß der Pariser Konferenz zu behandeln. In der daran sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte begründeten die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Schmid, Zinn und Löbe, daß diesem Verlangen nach dem Grundgesetz Rechnung getragen werden muß. Diese Debatte endete damit, daß Präsident Dr. Köhler

kurzerhand die Sitzung für geschlossen erklärte, als der Abgeordnete Dr. Schmid beantragt hatte, festzustellen, ob der Antrag der SPD die Unterstützung eines Drittels der Mitglieder des Hauses habe.

Nach diesem unverhüllten Verfassungsbruch, den Mitglieder der Regierungsparteien einige Stunden später im Ältestenrat als solchen eingestanden, kam es dann zu der 17. Sitzung des Bundestags am 15. November, in der Bundeskanzler Dr. Adenauer die Erklärung der Regierung abgab, auf die Dr. Kurt Schumacher mit der grundlegenden Rede antwortete, die in dieser Schrift — mit geringen Kürzungen — wiedergegeben wird.

Schon im Anschluß an diese Rede des Führers der Opposition im Parlament zeigte es sich, daß der Bundeskanzler und der Kreis um ihn außerstande waren, der sachlichen Kritik der Sozialdemokraten sachlich zu begegnen. Sie nahmen ihre Zuflucht zu Verleumdungen und Beschimpfungen, die dann als der Bundeskanzler in der 18. Sitzung des Bundestags, am 24.—25. November, das fragwürdige Ergebnis der Verhandlungen vom Petersberg vortrug, ihren einstweiligen Höhepunkt erreichten.

Besatzungsrecht als Ermächtigungsgesetz

„Wären die Abmachungen der große Erfolg, und wäre der Beitritt Deutschlands zum Ruhrstatut „nichts als ein psychologischer Akt“, warum hat dann der Herr Bundeskanzler sich so gequält, mit advokatorischen Argumenten nachzuweisen, daß es irgendeiner Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in keiner Weise bedürfte? Glauben Sie, Herr Dr. Adenauer, daß ein rein psychologischer Akt wirksamer vorgenommen wird, wenn Sie allein ihn vollziehen, statt daß die gesamte frei gewählte Volksvertretung ihn sich zu eigen macht?“ Diese Fragen richtete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Arndt an den Kanzler und das Parlament.

„Man kann die Argumentation des Herrn Bundeskanzlers, daß kein gesetzgeberischer Akt notwendig sei, in drei Gründe zusammenfassen“, erklärte Dr. Arndt, „erstens: wir hätten noch gar keine Hoheitsrechte im Sinne des Artikels 24 des Grundgesetzes, und deshalb sei deren Übertragung auch gar nicht möglich und überhaupt nicht vorstellbar; zweitens: die Ermächtigung für die Bundesregierung zum Beitritt zum Ruhrstatut sei ja im Ruhrstatut selbst enthalten, daher sei Artikel 59 auch unanwendbar, denn es handle sich nur um eine Maßnahme im Rahmen bestehenden Besatzungsrechts; drittens: dieser Vertrag, dieses Abkommen, das da auf dem Petersberg geschlossen ist, sei gar kein Vertrag, denn insbesondere der Beitritt zum Ruhrstatut begründe keine neuen Pflichten, er gebe allenfalls ein neues wertvolles Recht.“

Die Bundesregierung nimmt also ihre Zuflucht zum Besatzungsrecht und behandelt das Besatzungsrecht als eine Art Ermächtigungsgesetz ohne Ermächtigung.“

Der dementierte Kanzler

Dr. Schumacher hat in der Versammlung im Bonner Bürgervereins-
haus (am Vorabend der 19. Sitzung des Bundestags, von der er ausgeschlossen
war, nachdem in jener Nachtsitzung der Bundestagspräsident einen Zwischen-
ruf Dr. Schumachers erst mit einem Ordnungsruf und dann ein zweites Mal
mit dem Ausschluß von 20 Sitzungstagen geahndet hatte, damit — wie es
ein führender FDP-Abgeordneter ausdrückte — „Dr. Schumacher und die SPD
gedemütigt“ würden) des Kanzlers Argumentation in diesen für das deutsche
Volk so lebenswichtigen Angelegenheiten wie folgt charakterisiert:

„Bei der Auseinandersetzung in der Nachtsitzung des Bundestags hat die
Regierung zwei verschiedene Standpunkte eingenommen. Die erste Erklärung
des Kanzlers war hoffnungsfroh und optimistisch. Er behauptete, auf dem
Petersberg habe eine Atmosphäre der Gleichberechtigung geherrscht. So
sagte er um 17 Uhr. Um 3 Uhr morgens, unter dem Druck der Ausführungen der
Opposition, erklärte der Bundeskanzler, daß er sich in einer Zwangslage be-
funden habe, der er sich nicht habe entziehen können, und daß es die Alliierten
oder — wie er sagte — General Robertson gewesen sei, der ihn vor die Frage
gestellt habe: entweder Beitritt zur Ruhrbehörde oder Weiterführung der
Demontage.

Welche der beiden Darstellungen ist richtig? Die optimistische oder die pessi-
mistische? Beide können nicht gleichzeitig richtig sein. Und wenn die zweite
richtig ist, dann ist der Bundeskanzler kampflos dem Druck gewichen und
hat das Parlament nicht aufgerufen, ihm zu helfen.“

Was bleibt von dem angeblichen außenpolitischen Erfolg des Bundeskanzlers?
„Der Kanzler hat erklärt“, sagte Dr. Schumacher, „mit dem Eintritt in die
Ruhrbehörde seien keine neuen Verpflichtungen übernommen worden, — am
nächsten Tag hat der Vorsitzende der alliierten Oberkommission erklärt, daß
Deutschland mit dem Eintritt in die Ruhrbehörde alle Verpflichtungen aus dem
Ruhrstatut übernommen hat.

Der Bundeskanzler hat erklärt, der Beitritt sei erfolgt, um als Mitglied der
Behörde Änderungen des Ruhrstatuts besser durchsetzen zu können, — am
nächsten Tag erklärte der Vorsitzende der alliierten Oberkommission, daß
Deutschland bis Ende 1950 nicht das Recht habe, eine Änderung zu beantragen.“

Diese Auseinandersetzungen bewegen sich um Kernfragen der deutschen Zu-
kunft. Sie sind mit dem von der Bundesregierung autoritär vollzogenen Akt
nicht abgeschlossen. Jeder Deutsche ist aufgerufen, Stellung zu beziehen.
Deshalb werden die Ausführungen Kurt Schumachers für lange Zeit von
aktuellster Bedeutung sein.

Dr. Kurt Schumacher vor dem Bundestag am 15. November

Die Aufgabe des Parlaments

Was wir heute in erster Linie besprechen müssen, das ist nicht das Verhältnis von Regierung und Opposition in diesen Fragen; in erster Linie ist zu klären das **Verhältnis von Regierung und Parlament**. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Es hat hier an der allein gestaltenden, verantwortlichen zentralen Stelle des deutschen demokratischen Lebens keine Abwägung der Standpunkte stattgefunden. Wir möchten gegenüber manchen Mißverständnissen und gegenüber einer Kritik, die es sich zu leicht macht, betonen: Wir haben uns nicht gewandt und denken uns nicht zu wenden gegen die **politisch-diplomatische Aktion der Regierung**. Eine solche Aktion zu unternehmen, ist heute jede Regierung verpflichtet. Das zu bestreiten, würde ja die Beendigung der außenpolitischen Funktionen der Regierung bedeuten. (Hört! Hört!) Wir haben uns gegen die politischen Prinzipien und den materiellen Inhalt der Schritte gewandt. (Sehr gut! links.)

Es ist hier einmal die Methode festzustellen und abzulehnen, daß ohne genügende **Legitimation**, ohne vorhergehende Klärung im Grundsätzlichen, Schritte unternommen werden, die nicht Angelegenheit der Tagespolitik sind, sondern die Lebensfragen des deutschen Volkes und die Grundsätze berühren, nach denen Europa aufgebaut werden soll. (Sehr richtig! links.)

Das **Wesen des Kompromisses** liegt nicht in der einseitigen Setzung der Ziele. Ein Kompromiß ist hier zwischen der Regierung und den Parteien nicht versucht worden. Der Herr Bundeskanzler hat den in den entscheidenden Punkten abweichenden Standpunkt der Sozialdemokratie durchaus gekannt. Aber diese Dissonanz in den Auffassungen ist in keiner Periode Gegenstand öffentlicher oder privater Auseinandersetzung gewesen. Und der Öffentlichkeit in Deutschland möchte ich sagen: In einem erklärlichen Eifer, dieser Regierung zu assistieren und Hilfe zu leisten, soll man die ignoranten, ungehörigen Vergleiche mit **Thoiry** und **Locarno** lassen. Damals hat es keine noch so kurze Periode gegeben, in der nicht alle Parteien des deutschen Reichstags über die Intentionen und die geplanten Schritte unterrichtet gewesen wären und die Möglichkeit gehabt hätten, ihrerseits darauf einzuwirken. Eindeutig

muß festgestellt werden, daß es unbeschadet des einzunehmenden Standpunktes, **Aufgabe des Parlaments** ist, die Diskussion hierüber rechtzeitig zu führen. Eine Bundesregierung, die nicht die demokratische Legitimation eines parlamentarisch ausdiskutierten Standpunktes hat, hat gegenüber dem Ausland einen sehr schwachen Stand. Seine Bedeutung hängt dann von dem guten Willen der kommenden oder jetzigen Verhandlungspartner ab. Wir leben, meine Damen und Herren, in der Demokratie nicht in einem Staate der Regierungsparteien. (Zustimmung bei der SPD.) Wir leben nicht in einem autoritären Staat; aber die Praxis, mit der jetzt die schwierigsten Fragen der deutschen Politik und der europäischen Zusammenarbeit behandelt worden sind, läßt uns befürchten, daß wir dahin kommen.

Politisches Risiko zu Lasten Deutschlands

Außerdem ist der Inhalt der beiden Schriftsätze an die Hohen Kommissare nicht der alleinige Bestandteil der **Verhandlungen in Paris** gewesen. Er ist durch eine Reihe von Aeußerungen des Herrn Kanzlers, des Herrn Vizekanzlers, des Herrn Wirtschaftsministers und einiger anderer Persönlichkeiten ergänzt gewesen. Sie alle haben Aeußerungen getan, die wesentlicher Bestandteil der Pariser Verhandlungen gewesen sind. Wenn sich der Herr Bundeskanzler sehr dezidiert zu dem Ruhrstatut und der Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in die Ruhrbehörde geäußert hat, wenn er seine Meinung über die gleichzeitige Beteiligung Deutschlands und des Saargebiets im Europarat ausgesprochen hat, dann, meine Damen und Herren, war das alles ein bedeutsamer und die Deutschen weitgehend verpflichtender Bestandteil der Beratungen der alliierten Außenminister in Paris. Tatsächlich haben sie diese Materie ja auch in dem Rahmen der in den beiden Schriftsätzen des Herrn Bundeskanzlers gestellten Themen behandelt.

Ich glaube, der englische „Observer“ hat die Situation der Bundesregierung deutlich charakterisiert, als er diese **Politik der Bundesregierung ein großes politisches Risiko** nannte. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Ich glaube, daß das **Parlament** dieses Risiko hätte ausschalten können und vielleicht auch heute noch in einigem vermindern kann. Das Selbstbewußtsein des Parlaments in einer funktionierenden Demokratie verlangt eine entscheidende Stellungnahme. Es ist sehr interessant, daß in dem vielleicht nicht sehr klaren Kommuniké der Herren Außenminister von der Notwendigkeit der Demokratie in Deutschland gesprochen wird. Der Zustand, in dem wir diese Probleme jetzt diskutieren, ist kein demokratischer Zustand. (Beifall der SPD.) Er bedeutet für uns eine beträchtliche **Schmälerung des politischen Vertrauenskredits** unseres neuen Staatswesens. Ich muß dem Herrn Bundeskanzler für meine Fraktion, aber wahrscheinlich auch für weite Kreise über den Rahmen sozialdemokratischer Wählerschaft hinaus, den Vorwurf machen, daß uns diese **Methode der Geheimpolitik** sachlich nicht vorwärtsgebracht hat, aber formal den verschiedensten Mißdeutungen des Auslandes aussetzt.

Verdächtige Neu-Europäer

Wir Sozialdemokraten haben uns stets eindeutig für den menschlichen und kulturellen Stil des Westens entschieden. Wir haben uns nicht anders entscheiden können, weil diese Entscheidung unserem geistigen Herkommen und unserer Art, zu denken und zu fühlen, angemessen ist. Aber wir haben von weiten Kreisen, die jetzt in dieser Frage die Politik des Herrn Bundeskanzlers stützen möchten, bittere Vorwürfe über die Einseitigkeit, über das zu stark Pro-Westlerische unserer Entscheidung zu hören bekommen. Ich möchte deshalb über den Rahmen des Hauses hinaus folgendes zur Klärung der Situation in Deutschland sagen: Hüten Sie sich, die Sozialdemokratie nationalistisch zu sehen, wie das bei einigen Neu-Europäern üblich ist; (Sehr gut! bei der SPD) Sie verspielen sonst einen großen Trumpf, den das ganze deutsche Volk heute schon braucht und vielleicht in Zukunft noch sehr viel stärker brauchen wird. (Bravo! und Händeklatschen bei der SPD.)

Die Neu-Europäer sind ebenso verdächtig wie die Neo-Demokraten und wie die neuesten Fanatiker der Sozialpolitik, die bisher jede Gelegenheit haben vorübergehen lassen, um sich auch praktisch durch sozialpolitisches Handeln zu betätigen. Meine Damen und Herren, die Kreise, die heute die Träger der neoeuropäischen Agitation sind, sind doch dieselben Kreise, die schon im Kaiserreich und in der Republik Gelegenheit zum Abschluß von großen Wirtschaftsabkommen speziell zwischen den Kräften der Schwerindustrie in den Ländern Frankreichs und Deutschlands gehabt haben. (Sehr gut! bei der SPD.)

Diese Wirtschaftsabkommen haben diese Herrschaften noch nie daran gehindert, auch ganz solide und verdienstreiche Kriege gegeneinander zu führen.

Es macht auf das deutsche Volk einen peinlichen Eindruck, wenn dieselben Teile der Unternehmerschaft, die auf einmal in Internationalität machen, zur gleichen Zeit gegenüber dem eigenen Volk etwa das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden verweigern. (Sehr gut! bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich fürchte, daß wir uns bei dieser Aussprache oft derselben Worte bedienen und dabei einen ganz anderen Sinn im Auge haben. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ist in ihrer inneren Tiefe und äußeren Weite eine Idee von großer Tradition. Aber es ist die Tradition der Freiheit und der Völkerversöhnung und nicht die Tradition der europäischen Schwerindustrie. (Erneutes Händeklatschen bei der SPD.) Diese Idee schöpft ihre Lebenskraft aus der Politik der Versöhnung der Völker und des Friedens für die Völker. Sie ist nicht die Idee einer Gruppe, die aus ihr wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen in der Lage ist.

Deutschlands Beitrag zur Sicherheit Europas

Wenn wir uns in dieser Stunde zur Notwendigkeit des Gefühls der Sicherheit bei allen Völkern Europas bekennen, müssen wir uns bemühen, den Gedanken der Sicherheit auch von seinen macht- und profitpolitischen Schlacken

zu reinigen. Mit der großen Notwendigkeit und der moralischen Kraft der Sicherheitsidee wird sehr viel zugedeckt, was gar nichts mit Sicherheit zu tun hat. Wenn wir die Sicherheitsforderungen anderer Länder gegenüber einem neuentstehenden Deutschland betrachten, müssen wir sagen: Diese Sicherheitsforderungen werden am besten durch eine Politik befriedigt, die gewillt ist, im neuen Deutschland nichts zu verbergen. (Sehr gut! und Händeklatschen bei der SPD.)

Wir haben nichts zu verbergen, und wir wollen nichts verbergen. Wir wollen gegen den **nationalistischen Unfug** solcher Menschen ankämpfen, die nach dem ersten Weltkrieg jede Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen als Landesverrat anzuprangern bereit waren. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Da werden sehr viele Herrschaften, die heute noch gewillt sind, in der Regierungspolitik Adenauers einen neuen Absprung zu sehen, in wenigen Jahren permanent ihr Befähigungsexamen abzulegen haben. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Deswegen erklärt die sozialdemokratische Fraktion:

Wir sind nicht nur für die Anerkennung, nicht nur für das bloße Zusammenarbeiten mit der alliierten Sicherheitsbehörde; wir wünschen die Stärkung aller Kontrollmaßnahmen, wir wünschen eine starke Sicherheitsbehörde in Deutschland.

Darüber hinaus sagen wir den Völkern Europas: Sicherheit kommt nicht aus der Zerstörung von Maschinen und nicht aus einer Politik der bloßen Niederhaltung; Sicherheit wird getragen von lebendigen Menschen, von ihrem Friedenswillen und ihrem Vertrauen in die Zukunft.

Das Ueberangebot des Bundeskanzlers

Der Auswärtige Ausschuß der französischen Nationalversammlung hat vor einiger Zeit beschlossen, die Regierung zu ersuchen, in der deutschen Frage keine Verpflichtungen einzugehen bis zur großen parlamentarischen Debatte über die französische Außenpolitik, die am 22. November beginnt. Gegenüber dieser akzentuiert festen Haltung, glaube ich, ist der Inhalt der Interviews speziell des Herrn Bundeskanzlers nicht das notwendig sichere Fundament, auf dem eine neue deutsche Außenpolitik sich aufbauen könnte. Sehen Sie bitte, Herr Bundeskanzler, Sie haben in diesem Interview im speziellen bezüglich der Ruhr und der Saar vorbehaltslos alles das in einem Umfang angeboten, was nicht einmal am Ende der Verhandlungen möglich wäre. (Sehr richtig! bei der SPD. — Abg. Dr. von Brentano: Dann haben Sie das Interview nicht gelesen!)

Das ist ein Mehr gegenüber dem, was Deutschland auch bei Dokumentierung seines guten Willens zuträglich ist. Man spricht mit Recht von der **Notwendigkeit der Opfer**. Aber wenn wir davon sprechen, dürfen wir nicht

übersehen, was tatsächlich schon geopfert worden ist, (Sehr richtig! bei der SPD.) wenn auch sehr oft in den Formen der bloßen Wegnahme, die uns die Dokumentierung eines guten deutschen Willens gar nicht erlaubt hat. Aber die europäische Idee und das Vertrauen der Völker werden entwertet, wenn Europa zum Vorwand für hegemoniale Macht- und Staatspolitik wird.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Faktoren, die zum Stadium der Einigung und des Vertrauens in Europa kommen sollen, nicht in erster Linie die ökonomischen Machthaber sind. Zur Einigung und zum gegenseitigen Vertrauen kommen sollen die Völker Frankreichs und Deutschlands. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit der ganzen Völker und nicht um eine Frankreich-Deutschland-AG. (Sehr gut! bei der SPD.) Darum ist eine bloße Annäherung in dieser ökonomischen Oberschicht keine Verständigung, wie sie das deutsche Volk will, und erst recht keine Verständigung, wie sie das französische Volk will. Diese Verhältnisse tragen in sich die große Gefahr, daß sie nicht die Ueberwindung des Nationalismus, sondern die Erweckung eines neuen Nationalismus sind.

Die Totalität der Angebote, wie sie aus dem Geist des „Zeit“-Interviews hervorgeht, bedeutet die Gefahr, daß die Politik, die jetzt etabliert wird, in den Möglichkeiten der Revision behindert wird. Sie bedeutet die Gefahr, daß irreparable Zustände auch auf Gebieten geschaffen werden, auf denen wir sie auf längere Zeit zu tragen nicht in der Lage sind. Man sollte die Diskussion über diese Probleme einbetten in die Aussprache über das französisch-deutsche Verhältnis überhaupt; das erschöpft sich nämlich nicht in den Fragen des Ruhrstatuts und der Saar.

Vergessen wir die Kriegsgefangenen nicht!

Aber bevor ich einen kurzen Versuch in dieser Richtung mache, lassen Sie mich bitte ein menschliches Wort sagen. Sie wissen, wie sehr das Schicksal der Kriegsgefangenen, die Häufung der Leiden, die diese Menschen aushalten und die ihre Angehörigen in unserem Lande mit tragen, die deutsche Öffentlichkeit und die Menschen in unserem Lande bewegt. Es ist eine große Sache, wenn deutsche Initiative die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus dem Osten beschleunigt oder ihre Behandlung verbessert. Aber vergessen wir die anderen Kriegsgefangenen nicht. In der Psychose der Vergeltung nach der Liquidation des Hitler-Krieges sind in Frankreich eine große Anzahl von militärgewaltigen Urteilen gegen deutsche Kriegsgefangene gefällt worden, die wohl nicht immer den Tatbestand gerecht beurteilt haben, in der großen Uebersahl der Fälle aber im Strafmaß, das gleich nach Jahrzehnten bemessen worden ist, über das menschlich Erträgliche hinausgegangen sind. Das war speziell so in den Jahren 1945/46. Betroffen worden sind fast nur die kleinen Leute, die Mannschaften. Es ist unter den Verurteilten, die heute noch sitzen, nur ein einziger Oberst und kein einziger General. (Hört! Hört! bei der SPD.) Sie sehen, meine Damen und Herren, die Gewerkschaft der

Generale ist die einzige internationale Gewerkschaft, die wirklich funktioniert. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Ich hoffe, das französische Vo'k und seine Regierung werden für eine deutsche Bitte auf Nachprüfung dieser Urteile Verständnis haben. Ich richte im Namen meiner Fraktion an den Herrn Bundeskanzler den Wunsch, in dieser Hinsicht tätig zu werden.

Schwerindustrielle Außenpolitik

Bei dieser Auseinandersetzung um das deutsch-französische Verhältnis haben wir jetzt auch offiziell vom Herrn Bundeskanzler gehört, daß seiner Note vom 7. November ein **Schriftsatz der Vereinigten Stahlwerke** beigelegt gewesen ist. Ich will seinen Inhalt nicht wiederholen. Ich halte es nicht für richtig, daß am Beginn der deutschen Außenpolitik eine wirtschaftliche Vereinigung von Unternehmungen in die Rolle eines Teils der Träger der deutschen Außenpolitik kommt. (Sehr wahr! und Beifall bei der SPD.)

Die Situation wird nicht dadurch verbessert, daß der Schriftsatz mit seinem Begehren ausländischer Kredite in Höhe von 225 Millionen D-Mark von dem Herrn Bundeskanzler gewissermaßen unbesehen und bestimmt ohne Nachprüfung akzeptiert worden ist. Bei einem Schritt von einer solchen Bedeutung haben private Firmen nichts zu tun und auch nicht in die Nähe der Trägerschaft einer politisch-diplomatischen Aktion zu kommen. (Sehr gut! und Beifall bei der SPD.) Denn diese Innigkeit diskreditiert die Politik der Bundesregierung nach innen und außen.

Gegenüber großen Teilen der westdeutschen Schwerindustrie ist zu sagen, daß es keinen Teil des deutschen Volkes gibt, dessen Führungsanspruch so wenig begründet ist wie der Anspruch dieser Kreise. (Zustimmung und Beifall bei der SPD.) Sie haben ihre Beiträge zu verschiedenen Katastrophen der deutschen und der europäischen Geschichte geleistet, und wir wollen die Ausschaltung dieser politischen Einflüsse. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Um so mehr bedauern wir die Beifügung dieses Begehrens in der Form, daß der Herr Bundeskanzler ihm das Zeugnis gegeben hat, es könnte die Grundlage für Verhandlungen bilden. Nein, meine Damen und Herren! Ich glaube, hier geht es nicht um die Interessen der Verflechtung und der Kooperation der westeuropäischen Montanindustrien. Wir haben gar keine Veranlassung, irgendeinen Teil der schweren Industrien bei seinem Kampf um die Quote zu assistieren. Es ist die Politik, erst einmal „mit dabei zu sein“, wie es jetzt die deutschen Stahlindustriellen wollen. Nach den Erfahrungen, die diese Herren nach dem Ruhrkampf von 1923 haben sammeln müssen, und nach der ablehnenden Haltung wichtiger Teile des deutschen Volkes gegenüber ähnlichen Wünschen auf Aufkündigung der Kooperation mit den Alliierten im Sommer 1948, nach all dem dürfen ihre Wünsche nicht Bestandteil oder nicht einmal Gegenstand bevorzugter Förderung der Politik der deutschen Bundes-

regierung werden. Wenn die Vereinigten Stahlwerke ihre Sorgen haben, speziell gegenüber Frankreich, so mag ihr Pendant in Frankreich, so mag das Comité des Forges ihr Partner sein. Aber auf deutscher Regierungsseite haben sie weder offiziell noch offiziös noch halboffiziös etwas zu suchen. Ich glaube, daß die Position der schweren Industrien in Frankreich nicht so stark ist, daß man dort geneigt wäre, den Teil des Schrittes des Herrn Bundeskanzlers zu akzeptieren, der von den Gutachten der Vereinigten Stahlwerke getragen wird. (Abg. Dr. Schröder: Und wie denken Sie über die August-Thyssen-Hütte?) — Ich komme darauf, wenn es Ihnen möglich ist, zu warten. Diese Politik kommt in Widerstreit zu den Interessen der Völker. **Es geht um den Einbau des deutschen Staatswesens und des deutschen Volkes in Europa und nicht um wirtschaftliche Interessen einzelner schwerer industrieller Gruppen.**

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Frage an den Herrn Bundeskanzler richten: Herr Bundeskanzler, halten Sie es für angemessen, daß beim Empfang des amerikanischen Staatssekretärs des Äußeren ausgerechnet Herr Robert Pferdmenges unter den Anwesenden glänzte? (Rufe: Aha! und Hör! Hör! links.)

Ich möchte die weitere Frage stellen: War Herr Pferdmenges auch schon bei den Besprechungen im Königshof oder bei irgendeiner anderen Gelegenheit anwesend? Denn wir wünschen die deutsche Bundesregierung durch Mitglieder des Kabinetts repräsentiert zu sehen, aber nicht durch Bankiers. (Sehr wahr! bei der SPD.) Die **Geschichte der Kölner Bankiers** hat in der deutschen Politik so einen besonderen Beigeschmack. (Sehr gut! und Beifall bei der SPD.) Angefangen hat das mit Louis Hagen, fortgesetzt ist das worden mit dem Baron von Schröder. Ausgerechnet Herr Robert Pferdmenges mit seinen Meriten um den Wahlkampf gewisser Regierungsparteien und um das Zustandekommen dieser Regierung scheint uns nicht geeignet zu sein, in dieser Repräsentation gegenüber dem Ausland zu funktionieren.

Kein wirklicher Demontagestop

Nun ist als Gegenleistung für gewisse geplante Konzessionen die **Demontage** ins Feld geführt worden. Aber konkretisieren wir uns! Der Stop der Demontagen der verbotenen Industrien kommt nach den Erklärungen verantwortlicher Staatsmänner des Westens überhaupt nicht in Frage. Es handelt sich hier nur um die Demontage von Industrien, die für Reparationen in Rechnung gestellt waren.

Wir möchten dem Herrn Bundeskanzler den Vorschlag machen, bei den Verhandlungen diese Frage auf der Grundlage eines deutschen Vorschlags, einer provisorischen internationalen Sicherstellung unter internationaler Verwaltung aller dieser strittigen Objekte, aufzugreifen.

Wir haben also als Gegenleistung nicht einen Demontagestop; wir haben einen Stop für Teile der für die Demontage bestimmten Betriebe. Und auch da wird ja der Gegenwert mit jedem Tage weiter gemindert,

Dem Herrn Bundeskanzler möchte ich sagen, daß seine Informationen über Unterhaltungen sozialdemokratischer Politiker mit Mr. McCloy nicht richtig gewesen sind. Ich bin übrigens erstaunt, daß Unterhandlungen zwischen deutschen Politikern mit auswärtigen Staatsmännern Gegenstand der öffentlichen Besprechung — ich hoffe, daß das keine Gepflogenheit wird — durch Träger anderer politischer Meinung werden. (Sehr richtig! bei der SPD. — Zuruf: Das gilt auch für Sie!) — Sagen Sie mir bitte ein Beispiel, wo ich dagegen verstoße. (Abg. Dr. Wuermeling: Gerade eben!) — Sie täuschen sich!

Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler sagen, daß seine Darstellung in allen Punkten objektiv unrichtig ist. Wir haben bezüglich der August-Thyssen-Hütte mit Mr. McCloy gesprochen; nicht über die August-Thyssen-Hütte im ganzen und etwa ihre Auslieferung an auswärtige Einflüsse, sondern über die Teile, die Anlagen der August-Thyssen-Hütte, die für die Demontage bestimmt waren. (Zurufe von der Mitte.) Wir haben uns dabei ausdrücklich auf den **Humphrey-Bericht** bezogen, die beste internationale Beurteilung der deutschen Demontagesituation, die es überhaupt gibt. Wir haben von der Uebergabe dieser Anlageteile an Länder, die Reparationsgläubiger sind, gesprochen. Aber wir haben mit keinem Wort von einem Engagement fremden Kapitals für die August-Thyssen-Hütte oder für irgendein anderes Werk gesprochen. (Lachen in der Mitte und rechts.)*

Bei der Aufzählung des Herrn Bundeskanzlers habe ich — ohne ihm deswegen Vorwürfe machen zu wollen — eine Reihe von Firmen vermißt, bei denen die Demontagen auch verlangsamt werden, nämlich die ganzen Firmen der Fischer-Tropsch-Anlagen, besonders Bergkamen, die ungemein wichtigen

* Unmittelbar vor der Washingtoner Zusammenkunft der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA, die der Pariser Konferenz vorausging, empfing der amerikanische Oberkommissar McCloy den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Kurt Schumacher, der von den drei dem Fraktionsvorstand angehörenden Abgeordneten Fritz Henßler, Prof. Erik Nötting und Prof. Fritz Baade begleitet war. Gegenstand des Gesprächs waren die sozialdemokratischen Forderungen auf Beendigung der Demontagen, die ihren Niederschlag in einem Antrag gefunden hatten, den die sozialdemokratische Fraktion eingereicht hatte, und der der erste dem neugewählten Bundestag überhaupt vorliegende Antrag war. In diesem Antrag (Drucksache Nr. 2, 7. September 1949), der am 30. September in der 11. Sitzung des Bundestages angenommen wurde, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 1. eine erneute Nachprüfung der Demontage-Listen beschleunigt veranlassen; 2. bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Demontagen durchführen und die laufenden Demontagen stoppen. Es wurde in diesem Antrag darauf hingewiesen, daß — ungeachtet des Beschlusses des Senats der USA, die Demontage-Liste erneut zu überprüfen — „Tempo und zerstörender Charakter der Demontagen verstärkt“ worden sind. Auf diesen Tatbestand machten die sozialdemokratischen Abgeordneten den amerikanischen Oberkommissar aufmerksam und belegten ihn mit Beispielen. Sie drückten insbesondere die Sorge aus, daß bei Fortführung der Zerstörungsarbeiten die Thyssen-Hütte, Hamburg, in Kürze produktionsuntauglich sein werde. Damit auch kein Tag weiter verlorengelange, der zur Rettung der wertvollen Maschinen und Anlagen ausgenützt werden könnte schlugen sie bezüglich der Thyssen-Hütte vor, die zur Demontage bestimmten Teile des Werkes unter der Aufsicht eines aus Vertretern der reparationsberechtigten Länder zu bildenden Konsortiums weiter arbeiten zu lassen, um sowohl das Werk der deutschen und europäischen Friedensproduktion zu erhalten, als auch dem Sicherheitsbedürfnis und den Forderungen der betreffenden Länder genüge zu tun.

Hochfrequenzwerke Tiegel-Stahl Bochum. Ich habe von Hattingen und Watenstedt-Salzgitter nichts gehört.

Meine Damen und Herren! Sie werden mit Recht sagen, man kann nicht alles bekommen. Aber man muß doch die Schrumpfung dieses Aequivalents gerechterweise auch wägen, wenn man so entscheidend wichtige strukturverändernde Faktoren wie die Saar und die Ruhr hier zur Diskussion stellt.

Die Karten auf den Tisch!

Ich frage die Bundesregierung: Wo zeigt sich bei diesen Verhandlungen die geplante politische Initiative? Was verstehen der Herr Bundeskanzler und sein Vizekanzler unter den Opfern? Was gibt es eventuell an Aeüßerungen über Bereitschaft, zu opfern, die der Herr Vizekanzler bereits in Paris gemacht haben könnte? In welchem Umfang hat sich der Herr Wirtschaftsminister in seinen Unterhandlungen und Unterhaltungen mit auswärtigen Partnern geäußert?

Konzentrieren wir uns einmal auf die Punkte, die das deutsche Volk jetzt entscheidend interessieren, weil sie für die Zukunft und Entwicklung der deutschen Demokratie und des deutschen Soziallebens von entscheidender Bedeutung sind. Ich frage vorweg:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, jetzt oder bei den kommenden Verhandlungen einmal den Versuch zu machen, die Politik des Junktim, die Politik der Koppelung und der gegenseitigen Abhängigmachung von ganz verschiedenen Faktoren zu bekämpfen und für ihre Ueberwindung bei den Alliierten zu wirken?

Sie haben eben von der gegenseitigen Abhängigmachung des Eintritts in die Ruhrbehörde und der Demontage gehört. Wir kennen das andere Junktim von der Bindung von Sicherheit und Wirtschaftspotential und das dritte Junktim von Europarat und Saargebiet.

Wenn der Herr Bundeskanzler und wenn das deutsche Volk uns fragen, was wir zu den realen Vorschlägen bezüglich der Saar, bezüglich der Ruhr und bezüglich der ausländischen Kapitalbeteiligung in der von dem Herrn Bundeskanzler angeschnittenen Form meinen, so sagen wir: unsere Haltung demgegenüber ist ein klares eindeutiges Nein! Ueber kurz oder lang wird nach meinem Eindruck die Bundesregierung von den Organisationen der Schaffenden — sie mögen sich sonst politisch gruppieren, wo auch immer sie wollen — folgendes hören: daß eine starke Einflußnahme ausländischen Kapitals gerade auf dem Gebiet der Kohlen-, der Kokswirtschaft, der Stahl- und Eisenindustrie die größte Gefährdung ist, die sich die arbeitenden Menschen in Deutschland vorstellen können. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Aber unsere Haltung zu den Vorschlägen des Herrn Bundeskanzlers, auch wenn sie Bestandteile der beiden Interviews sind, erschöpft sich nicht in einem bloßen Nein. Wir sagen bei der Fixierung des deutschen Standpunktes offen

unsere Meinung. Wir sind der Ansicht, daß bei diesen Interviews der Herr Bundeskanzler die Stärke der deutschen Position in Europa nicht richtig eingeschätzt hat. (Sehr gut! bei der SPD.)

Der Herr Bundeskanzler mag nur an die Erfahrungen im letzten Frühjahr denken. Auch da haben viele Mitglieder des damaligen Parlamentarischen Rates und viele Vertreter der deutschen politischen Öffentlichkeit gemeint, es sei nichts zu erreichen. Aber es war sehr wohl bei der richtigen Einschätzung der deutschen Situation etwas zu erreichen. (Zustimmung bei der SPD.)

Klarheit über das Ruhrstatut

Bezüglich des Ruhrstatuts möchten wir Sozialdemokraten der Bundesregierung und im speziellen dem Herrn Bundeskanzler, der ja die beschränkten auswärtigen Geschäfte unseres Landes wahrnimmt, folgende Vorschläge machen. Der Artikel 2, der so tut, als ob neben den Signatarmächten Deutschland heute bereits Mitglied sei, soll hier nur insoweit knapp untersucht werden, als wir ihn in Verbindung mit Artikel 9 Buchstabe c bringen *). Dort wird noch ausdrücklich betont, daß Deutschland die Möglichkeit habe, auf zwei Wegen in die Ruhrbehörde zu kommen, nämlich entweder durch Beitritt oder — wie es dort nicht ohne Geheimnis heißt — „auf andere Weise“. Ich frage den Herrn Bundeskanzler ohne ihm in diesem Punkte a priori eine bestimmte Absicht zu insinuieren: Hat man in Kreisen der Bundesregierung diese Formulierung „auf andere Weise“ schon durchdacht? Wie steht man zu ihr? Sieht man in ihr einen möglichen Weg, und ist hier nicht möglicherweise der Grund zu gewissen Geheimniskrämereien zu suchen? Wir würden in dieser Beziehung gern Klarheit haben; denn von der Behandlung des Artikels 9 Buchstabe c hängt sehr viel ab und wird, glaube ich, bald auch sehr viel bezüglich der Möglichkeiten der Herstellung eines zukünftigen Vertrauensverhältnisses zwischen den einzelnen Faktoren in Deutschland abhängen.

Der Artikel 15, der noch über die Generalklausel des Artikels 31 hinaus seine Gefahren hat, ist ein Artikel, bei dem meines Erachtens jede deutsche Regierung den Versuch machen müßte, ihn aus dem Ruhrstatut herauszubringen. Dieser Artikel 15 macht für gewisse Fälle die Ruhrbehörde zu einer auch

*) Artikel 2 des Ruhrstatuts lautet: „Mitglieder der Behörde sind die Signatarmächte und Deutschland.“ Artikel 9 c lautet: „Die für Deutschland abgegebenen Stimmen sollen von dem gemeinsamen Vertreter der zuständigen Besatzungsbehörden als Einheit abgegeben werden, gemäß der Ernennung des Vertreters laut Artikel 4, bis die zuständigen Besatzungsmächte entscheiden, daß die deutsche Regierung durch Beitritt oder auf andere Weise die Verantwortung übernommen hat, die auf Grund des gegenwärtigen Abkommens für Deutschland vorgesehen ist. Danach werden diese Stimmen von dem deutschen Vertreter abgegeben.“ Der hier angeführte Artikel 4 lautet: „a) Sobald eine deutsche Regierung errichtet ist, kann sie einen Delegierten bei der Behörde ernennen, der zur Teilnahme an den Sitzungen des Rats berechtigt ist. Zu dem Zeitpunkt, an dem die deutsche Regierung nach Artikel 9 (c) das Recht erhält, das Deutschland zugestandene Stimmrecht auszuüben, kann sie einen Vertreter im Rat und einen Stellvertreter ernennen; b) Die betreffenden Besatzungsmächte werden durch einen von ihnen gemeinsam zu ernennenden Angehörigen ihrer Länder im Rat vertreten, bis das Deutschland zugestandene Stimmrecht von dem deutschen Vertreter ausgeübt wird.“

staatsrechtlich souveränen Instanz, obwohl ihr dieses Prädikat aus dem Charakter einer Wirtschaftsbehörde nicht zukommt. Sie kann für die deutsche Bundesrepublik eine höhere Bedeutung gewinnen, als sie die Bundesregierung zur Zeit hat. Ich glaube, keine deutsche Regierung kann sich mit diesem Artikel 15 abfinden.

Zu Artikel 19 wäre zu untersuchen, was damit gemeint ist, wenn von der Möglichkeit gesprochen wird, daß die Ruhrbehörde einmal Leitung und Verwaltung von Kohle, Koks und Eisen in die Hand bekommen kann. Welche Garantien will sich die Bundesregierung von den Alliierten gegen diese für uns leicht gefährlichen Möglichkeiten auf dem Verhandlungswege erkämpfen? *)

Die Diskussion des Ruhrstatuts in Deutschland ist nicht möglich ohne die Klärung gewisser Fragen. Vor allem geht es um eine andere Verteilung zwischen Kontrolle und Verwaltung. Eine fremde Verwaltung in einem über-

*) Artikel 15 des Ruhrstatuts lautet: „Die Behörde hat das Recht, Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen, die von den deutschen Behörden getroffen oder erlaubt wurden und die die Kohle, den Koks oder den Stahl der Ruhr berühren. — Wenn die Behörde solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen als künstlich oder schädlich oder als von solcher Natur ansieht, daß sie 1. den Zugang anderer Länder zur Kohle, zum Koks oder zum Stahl der Ruhr behindern, 2. den Transport von Ruhrkohle, Koks oder Stahl im internationalen Handel stören oder 3. auf andere Weise die Durchführung der Zwecke des vorliegenden Abkommens beeinträchtigen, kann die Behörde bestimmen, daß solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen entsprechend geändert oder aufgehoben werden . . .“

Artikel 31 lautet: „Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. Sie muß durch geeignete Mittel gewährleisten, daß sie die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Verantwortung und solche andere Verpflichtungen übernimmt, wie sie von den Signatarmächten vereinbart werden können.“

Artikel 19 lautet: „a) Am Ende der Kontrollzeit oder zu einem früheren Zeitpunkt, über den sich die Besatzungsmächte einigen könnten, werden der Behörde, dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder einer anderen durch internationales Übereinkommen geschaffenen Körperschaft nur die gegenwärtig bestehenden Befugnisse der Besatzungsbehörden hinsichtlich der Leitung und Verwaltung der Kohle-, Koks- oder Stahlindustrien an der Ruhr übertragen, die notwendig sind, um sicherzustellen:

1. daß die allgemeine Politik und die allgemeinen Pläne über die Produktion, Entwicklung und Investitionen in diesen Industrien mit den in der Präambel dieser Vereinbarung genannten Zielen übereinstimmen;

2. daß ausreichende Informationen über diese Politik und diese Pläne gemacht werden.

b) Auf Grund der Erfahrungen der Besatzungsbehörden werden die Signatarmächte anlässlich der ersten Zusammenkunft der Sonderbeauftragten der in Artikel 27 in Aussicht genommenen Mitglieder, falls dies tunlich erscheint, aber auf jeden Fall vor dem Ende der Kontrollzeit — bestimmen:

1. welche der gegenwärtigen Befugnisse der Besatzungsbehörden im Interesse der in Paragraph a) dieses Artikels vorgesehene Ziele fortbestehen sollen;

2. welche dieser Befugnisse von der Behörde, von dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder einer anderen durch internationales Übereinkommen geschaffenen Körperschaft ausgeübt werden soll;

3. die Art und Weise, wie die der Behörde übertragenen Befugnisse ausgeübt werden;

4. das Verhältnis der Behörde zu dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder zu einer anderen Körperschaft, der die in Paragraph a) dieses Artikels erwähnten Befugnisse übertragen werden könnten.“

Der in diesem Artikel erwähnte Artikel 27 enthält Bestimmungen über die Berichterstattung und über Möglichkeiten der Klage in den Fällen, in denen zwei oder mehr Mitglieder glauben, daß die Tätigkeit oder Ziele der Behörde mit den Zielen des Statuts nicht übereinstimmen. „Eine solche Klage kann, sofern sie Abrüstung, Demilitarisierung oder Denazifizierung betrifft, nur dann vorgebracht werden, wenn sie von zwei Mitgliedern der Behörde gestellt wird, die Nichtdeutsche sind.“

heizten Kessel des Industriegebiets mit fast 6 Millionen Einwohnern, führt zu den sozialen Spannungen noch adäquate nationale Spannungen hinzu und ist darum ein Gefahrenherd. Dieser Frage kann man nicht aus dem Wege gehen; diese Frage muß man gegenüber den westlichen Alliierten mit klarem Ziel anschnneiden.

Sehr bitter hat es die arbeitenden Menschen in Deutschland, speziell die Kumpels an der Ruhr berührt, daß über alle Materien im Ruhrstatut Entscheidungen getroffen worden sind, aber von den Menschen, die diese Werte schaffen, mit keiner Silbe die Rede ist. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Wir Sozialdemokraten fragen die Bundesregierung, ob sie es im Interesse der Lebenshaltung der Massen und der sozialen Befriedigung im Ruhrgebiet nicht für richtig halten würde, die Gewerkschaften national und international in die Ruhrbehörde und ihre Leitung einzuschalten. (Zustimmung bei der SPD.) Für uns Sozialdemokraten ist noch die Klärung einer weiteren Frage notwendig. Das Ruhrstatut umgeht diese Frage, aber wir greifen sie auf. Wir wünschen die Klärung dieser Frage und damit die Stabilisierung des Rechtes des deutschen Volkes auf Regelung der Eigentumsfrage der Schwerindustrie im Ruhrgebiet. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir müssen die Einseitigkeit der Internationalisierung mit allen ihren schlimmen ökonomischen, sozialen und psychologisch-politischen Folgen gleich am ersten Tage zur Diskussion stellen. Wir können diese Fragestellung nicht aufgeben. Wir können von dem Kampf für europäische Internationalisierung der westeuropäischen Schwerindustrie nicht Abstand nehmen. Wenn der Herr Bundeskanzler von seinen Büchsenspannern recht bedient ist und alle Informationen bekommt, die sich von wichtigen Persönlichkeiten und Publikationsorganen des Auslandes herleiten lassen, dann muß er doch zugeben, daß ein Eintreten für die Revision einiger wichtiger Bestimmungen des Ruhrstatuts durchaus nicht ohne Aussicht ist.

Wir halten diese bedingungslose Vorwegakzeptierung des Ruhrstatuts in seiner heutigen Gestalt für falsch. Wir warnen, sich hundertprozentig für einen Status zu engagieren, der durch neue Viermächteabkommen jeden Augenblick über den Haufen geworfen werden kann. (Sehr wahr! bei der SPD. — Zurufe von der KP.)

Aber den **Kommunisten**, die sich da anscheinend rühren wollen, (Heiterkeit) möchte ich eins sagen: Meine Herren, Sie sind weder eine deutsche Partei noch eine internationale Partei. (Zuruf von der KP: Olle Kamellen!) — Machen Sie mir keine Zwischenrufe; wenn der Herr Semjonow das erfährt, schmeißt er Sie aus der Partei heraus. (Heiterkeit.) Sie kämpfen ja nicht, wie Ihre Agitationsvokabeln lauten, für eine deutsche Ruhr, Sie kämpfen für die russische Kontrolle der Ruhr, und gerade dagegen sind wir! (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Wir müssen zur **ausländischen Kreditgewährung** und zum Eintritt in die Ruhrbehörde offen eins sagen: Unbestreitbar — und im Auslande viel offener als

bei uns diskutiert — sind die verderblichen Gruppeninteressen! Diese Gruppeninteressen sind gewillt, nationale Notwendigkeiten und gesunde Prinzipien der europäischen Zusammenarbeit zu gefährden, um ihre Ziele zu erreichen. Diese Ziele sind die Verhinderung der Sozialisierung (Sehr richtig! bei der SPD) und die Abschaffung des Gesetzes Nr. 75 *). (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Es haben auch schon einige unvorsichtige Herrschaften in Deutschland in Zungen geredet. Wir hoffen, daß die Westmächte klug genug sind, sich nicht so einseitig gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klasse in Deutschland zu engagieren. Wir sind auch der Meinung, daß die Versuche der deutschen Industriepartei, die in vielen Fraktionen dieses Hauses Einfluß zu nehmen sich bemüht, auf Abschaffung des Gesetzes Nr. 75, an der Einsicht der westlichen Alliierten scheitern werden. Nicht alle Blümenträume des Kapitalismus reifen, auch wenn er sich international gebärdet.

Adenauer gibt die Saar preis

Nun, meine Damen und Herren, haben wir die andere große Frage, die Saar-Frage. Ueber die Saarverfassung und ihr Zustandekommen möchte ich im Interesse der Erleichterung französisch-deutscher Gespräche hier nicht im einzelnen reden. Aber das Volk an der Saar hat bis heute noch nicht die Möglichkeit gehabt, seinen Willen auszudrücken. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir müssen, wenn es nicht anders geht, als ultima ratio die alliiert- oder international kontrollierte Volksabstimmung des Saarvolkes über seinen politischen Status erreichen.

Es geht hier konkret darum, ob die deutsche Bundesrepublik damit einverstanden sein soll, daß mit ihrer Aufnahme in den Europarat die gleichzeitige Aufnahme des Saargebietes verbunden sein soll. Nun, in der Verfassung der Saar steht ausdrücklich, daß der französische Außenminister die auswärtigen Interessen des Saarlandes vertritt. Wenn aber der französische Außenminister das nicht für opportum hält, nun, meine Damen und Herren, dann ist die Frage, die wir an den Bundeskanzler richten möchten, die: Ist er bereit, unsern Vorschlag zu akzeptieren, die Vertretung der Saar im Straßburger Europarat innerhalb der deutschen Delegation vornehmen zu lassen? (Bravorufe und Händeklatschen bei der SPD.)

Diese Vertretung kann ja ruhig von dem Parlament der Saar gewählt sein; sie soll aber Bestandteil der gesamtdeutschen Vertretung sein. Das würde dem tatsächlichen Status entsprechen; denn mit Ernst kann niemand in der Welt bestreiten, daß das Saargebiet politisch heute noch bei Deutschland ist. (Bravorufen und Händeklatschen bei der SPD.)

*) Das Gesetz Nr. 75 betrifft die Entflechtung und die Einsetzung deutscher Treuhänder; es enthält die Bestimmung, daß die Eigentumsverhältnisse durch die gesetzgebenden Organe der deutschen Bundesrepublik geregelt werden sollen.

Im „Figaro“ vom 9. 11. 1949 findet sich eine hochinteressante Bemerkung. Er schreibt:

Die These unserer Diplomatie ist juristisch außerordentlich fragwürdig; denn die Saar hat keineswegs den Charakter eines souveränen Staates. Also gehört sie entweder in die Delegation Frankreichs oder, was wir für richtig halten würden, in die Delegation Deutschlands, aber sie gehört nicht in die Delegation der Saar.

Léon Blum hat die französische Forderung nach gleichzeitigem Eintritt des Saargebietes so charakterisiert: „Diese Forderung war weder angebracht noch berechtigt.“

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß Sie wie in der Ruhrstatutfrage auch in dieser Frage durch eine etwas zu enthusiastische Politik des ungeprüften, des vollständigen und komplexen Angebotes die deutsche Situation außerordentlich erschwert haben. Dafür ist ein Zeugnis die Ihnen ganz bestimmt wohlgesonnene „Neue Züricher Zeitung“ vom 1. 11. 1949, die sich mit der Frage beschäftigt: Warum steht auf einmal Großbritannien, das noch nie etwas Derartiges getan hat, neuerdings in der Behandlung der Saarfrage mindestens bezüglich der Vertretung in der Europadelegation auf der Seite Frankreichs?

Und da schreibt die „Neue Züricher Zeitung“:

Und da Adenauer sich rückhaltlos für die Teilnahme am Europarat aussprach, ohne seinerseits Bedenken und Einwände vorzubringen, (Hört! Hört! bei der SPD) sah Bevin eine günstige Gelegenheit, um sich dem seit einiger Zeit wegen anderer Fragen weidlich verstimmt Partner an der Seine erkenntlich zu zeigen. (Erneute lebhaft Rufe bei der SPD; Hört! Hört!)

Oder-Neiße-Linie des Westens

Nun, meine Damen und Herren, schon im Auslande ist man der Meinung, daß Deutschland seinen guten Willen nicht beeinträchtigen würde, wenn es bei gewissen lebenswichtigen Punkten Einwände und Bedenken vorträgt. Uns bleibt unverständlich, warum in der außenpolitischen Konzeption der Regierung Theorie und Praxis einer solchen Politik der notwendigen Einwände und Bedenken keinen Niederschlag finden. Dabei sollten die Herren der Bundesregierung über eins sich im klaren sein: sie laufen Gefahr, durch die Akzeptierung der gleichzeitigen Aufnahme Deutschlands und des Saargebietes in den Europarat nicht nur Westeuropa und die Position der Deutschen Bundesrepublik in Westeuropa zu beeinträchtigen, sondern auch die politisch-moralische Position der Deutschen im Kampf um die Rückgewinnung der Gebiete östlich der Oder und Neiße zu zerstören. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Ich habe in den letzten drei bis vier Monaten leider in einer Anzahl von deutschen Zeitungen bei der Behandlung dieser Frage, ohne Friedenszustand die angeblich vorläufige Loslösung des Saargebietes von Deutschland zu tole-

rieren, Argumente gehört, wie sie sonst von der SEP bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Friedenslinie auch gebraucht werden. (Zuruf rechts: Sie liefern die Argumente!)

Man sollte hier mehr Vorsicht und mehr Distanz halten. Es wäre eine durchaus würdige und auf Frankreich versöhnlich wirkende Haltung, wenn die deutsche Bundesregierung auf diese bedenkenlos einseitige Vorwegnahme von letzten Entscheidungen verzichten würde. Die ganze Politik der Angebote auf der Grundlage der Nichtäußerung von deutschen Wünschen und Notwendigkeiten führt zu einer Schwächung der deutschen Position, ohne die europäische Situation zu verbessern. Das scheint mir das Entscheidende zu sein — und das möchte ich dem Herrn Bundeskanzler, ohne präzeptorial sein zu wollen, doch sagen —: die Tragweite solcher Äußerungen wie im speziellen die Äußerungen in der Hamburger „Zeit“ ist, scheint es, doch nicht mit vollendeter Richtigkeit eingeschätzt worden.

Reaktionäre Personalpolitik beunruhigt das Ausland

Nun, meine Damen und Herren, haben wir Sozialdemokraten auch noch einen dritten Beitrag in der positiven Planung im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländern und beim Kampf um die Gewinnung des europäischen Vertrauens und des Vertrauens der Weltdemokratie. Wir meinen, die Bundesregierung sollte sich auf personalpolitischem Gebiet vor gewissen gewagten Experimenten mehr hüten, als sie das in den wenigen Wochen ihres Bestehens getan hat. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Bestimmt ist den maßgebenden Herren der Bundesregierung bekannt, daß einer der fünf Hauptpunkte auf der Pariser Außenministerkonferenz gewesen ist, welche Gefahren aus einer reaktionären Personalpolitik der neuen Bundesrepublik entstehen können. (Zurufe rechts.)

Der Herr Bundeskanzler wird seine Informationen darüber spätestens heute bekommen haben. Hierbei sollte man nicht versuchen, sich aufs hohe Roß zu setzen. Eine falsche Besetzung eines verantwortlichen Beamtenpostens durch einen Mann, der im Ausland so oder so eine schlechte Nummer hat, richtet mehr Schaden an, als irgendein sachliches Entgegenkommen Vertrauen zu stiften in der Lage ist. (Sehr gut! bei der SPD.)

Man sollte sich hüten, durch die Einsetzung gewisser umstrittener Persönlichkeiten in leitende Beamtenfunktionen die deutsche Autorität und die deutsche Widerstandskraft in einer Weise zu engagieren, wie man sie bei der Verteidigung der Lebensnotwendigkeiten territorialer und wirtschaftlicher Natur bei diesen Auseinandersetzungen bisher leider nicht gezeigt hat.

Dem Herrn Bundeskanzler wird auch bekannt sein, daß bei der notwendigen und von uns begrüßten Erweiterung der Kompetenzen der Bundesregierung diese Erweiterung nicht auf allen Gebieten zu erhoffen ist. Ich möchte den

Herrn Bundeskanzler fragen, wie seine Informationen etwa in bezug auf die Wahrnehmung der Rechte alliierter Kommissare in Sachen der Auslandsvertretungen oder der höheren Polizeifunktionäre für die nächste Zukunft lauten. Es ist falsch, unser Volk hier zu engagieren. Richtig ist es, nicht um einzelner umstrittener Persönlichkeiten willen das Vertrauen des Auslandes zum guten demokratischen Willen des deutschen Volkes zu schmälern. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Die SPD faßt Deutschland europäisch auf

Diese Vorschläge der deutschen Sozialdemokratie sind durchaus realistisch, aber man kann sie nicht mit Passivität durchsetzen. Die Sozialdemokratie sieht in der Wahrung der Interessen der Nation den besten Beitrag und die beste Bezeugung des Respekts vor Interessen anderer Nationen. Die Sozialdemokratie hat vom Tage ihres Wiedererstehens an Deutschland europäisch aufgefaßt. Aber die Sozialdemokratie weiß, daß man jedes Volk zur internationalen Zusammenarbeit nur durch moralische, politische und soziale Selbstbehauptung erziehen kann.

Wir möchten nun der Regierung erklären, daß das, was sie bis jetzt an außenpolitischer Linie gezeigt hat, das schärfste Mißtrauen der Sozialdemokratie hergerufen hat. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Diese Politik gibt jetzt zum erstenmal eine gewisse, wenn auch glücklicherweise noch entfernte Chance der gefährlichsten aller Allianzen in Deutschland: der Allianz von Nationalismus und Kommunismus. Wir müssen sagen, daß die Regierung in jeder Phase ihrer Politik die reale Ausnützung der Möglichkeiten der Schaffung der deutschen Einheit nicht aus dem Auge verlieren darf. Wir erklären der Regierung, daß innen- und außenpolitisch die Frage der Ostzone und die Frage Berlin von entscheidendem Wert sind. Ich meine, wir haben Grund zu der Annahme, daß wir wieder in eine gefährliche Phase des Kampfes um das Berliner Bollwerk europäischer Demokratie kommen werden. Nicht immer sind die brutalsten Phasen des Kampfes die gefährlichsten. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir haben hier im großen an einer Anzahl von entscheidenden Punkten unseren Plan der Verhandlungsmethode und des materiellen Inhalts der Verhandlungsziele aufgezeigt. Wir fragen die Regierung an Hand dieser konkreten Thesen, wie sie diese sozialdemokratischen Vorschläge konkret und positiv beantworten will. Noch sind gewisse Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen Status zu verbessern. Wenn eine Klärung der außenpolitischen Situation vor 14 Tagen erfolgt wäre, dann wäre der unsichtbare deutsche Partner am Pariser Verhandlungstisch erfolgreicher gewesen. Unsere Vorschläge sind aus der Ueberzeugung entstanden, daß jede deutsche Regierung, die ihrer nationalen und europäischen Aufgabe gerecht werden will, nach sozialdemokratischer Meinung so handeln müßte.

(Bravorufe und lebhaftes Händeklatschen bei der SPD.)

Den Bundeskanzler verlassen die Nerven

(Aus der Antwort Dr. Schumachers auf Dr. Adenauers Debatterede)

Es hat mich überrascht, daß den Herrn Bundeskanzler zum Schluß doch noch in diesem erschreckenden Maß die Nerven verlassen haben. (Sehr richtig! bei der SPD. — Zurufe in der Mitte und rechts. — Abg. Strauß: Und euch hat der Heilige Geist verlassen!)

Wir wollen keine Ablenkung auf diese Ebene zulassen, wenn es um die hauptsächlich politischen Dinge geht. Ich verzichte sogar in diesem Zusammenhang darauf, auf ungeheuerlichste Invektiven des offiziellen Presseorgans der Christlich-Demokratischen Union, des „Demokratischen Uniondienstes“ oder des Leibblattes des Herrn Bundeskanzlers einzugehen. Nur soviel möchte ich dazu sagen. Die politische Philosophie der Partei, auf die sich der Herr Bundeskanzler stützt, erschöpft sich darin, daß ihr Zentralorgan konstatiert hat: Der Schumacher will diese Politik der Sozialdemokratie deswegen aufzwingen und steht darum in Opposition zur Bundesregierung, weil er es nicht verwinden kann, nicht Bundeskanzler geworden zu sein. (Lachen bei der SPD.) Muten Sie mir zu, mich auf dieser Ebene mit Ihnen auseinanderzusetzen, und muten sie es der SPD zu? (Zurufe in der Mitte.)

Der Herr Bundeskanzler hat sich sehr zitatenfreudig auf den Gebieten des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven und des Herrn Strasser gezeigt. Er hat mit dieser Zitiertkunst etwas getan, was man bei einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung nicht tun sollte. Er hat nämlich die Politik des Vergleichs der unvergleichbaren Größen angewandt. (Zurufe in der Mitte.)

Ich zitiere nur einen, nämlich den Herrn Bundeskanzler Adenauer. Er hat zum Beispiel 1946 erklärt, die Sozialdemokraten seien in Gefahr, vom deutschen Volk als die Lakaien Seiner Majestät des Königs von Großbritannien betrachtet zu werden. (Hört! Hört! bei der SPD.) Das ist Nationalismus.

Der Herr Bundeskanzler hat im Juni 1948 erklärt und in der „Welt“ geschrieben: Angesichts der Ereignisse der Londoner Konferenz gebiete es die deutsche Ehre, die Kooperation mit den Alliierten zu verweigern. (Hört! Hört! bei der SPD.) Das ist Nationalismus.

Und jetzt noch, in diesen letzten Wochen, hat der Hinweis auf den besatzungsfreien Rayon in Bonn nach der Meinung des Herrn Bundeskanzlers auch etwas mit nationaler Ehre zu tun gehabt. (Beifall bei der SPD.)

Als der Herr Bundeskanzler nach meiner Rede unter völligem Verzicht auf eine sachliche Antwort gewisse Methoden suchte, um den sozialdemokratischen Standpunkt zu entkräften, zu degradieren, da hat er wieder so auf Verbindungen mit fremden Regierungen angespielt. Ich darf den Herrn Bundeskanzler fragen: Welche Regierung meinen Sie, Herr Bundeskanzler? (Abg. Strauß: Wissen Sie das nicht selber?) — Hören Sie einmal, wir wollen doch nicht den Grad der Unsauberkeit, die sich in dieser Bemerkung ausdrückt, als gemeinsame Formel deutscher Parlamentspolitik annehmen! (Sehr gut! und Händeklatschen bei der SPD.)

Der Herr Bundeskanzler hat sich dabei auch nicht recht überlegt, daß man zu gleicher Zeit, in der man Europa und die internationale Verständigung proklamiert, nicht mit den Mitteln eines nationalistischen Agitators argumentieren darf. (Sehr gut! bei der SPD.) Das hatte er sich offenbar nicht überlegt. Wenn es ein schlechtes Vorzeichen für die Londoner und Pariser Debatte gibt, dann ist es der Verzicht beim größten Teil der Herren Redner und vor allem in eklatanter Weise beim Herrn Bundeskanzler selbst, auf politische Argumente politisch zu antworten. (Sehr gut! bei der SPD.)

Wir haben nicht nur eine Linie unseres Willens dargelegt. Wir haben eine Reihe konkreter Vorschläge über materielle Zielsetzungen bei Verhandlungen und über die Methode der Verhandlungen gehabt. (Zustimmung bei der SPD.)

Auf diese erste Rede des heutigen Nachmittags hat keiner der Vertreter der Regierungsparteien und hat vor allem der Herr Bundeskanzler nicht geantwortet. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Kampf zweier Welten

Die Standpunkte, wie sie die Bundesregierung speziell in den Fragen der ausländischen Finanzierung deutscher schwerer Industrie, des Saargebietes, des Ruhrstatuts und der Ruhrbehörde hat, sind den sozialdemokratischen Ansichten diametral entgegengesetzt. Ein Versuch, sie auf eine annähernde Gemeinsamkeitsformel zu bringen, hat wenig Aussicht gehabt. Aber man kann, wenn man diesen Versuch von seiten des Herrn Bundeskanzlers und seiner Gefolgschaftsleute überhaupt nicht gemacht hat, sich dann hier nicht hinstellen und das Monopol der Erkenntnis von gut und böse, von wahr und richtig proklamieren. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Ich meine, daß dieser Kampf bei allem Wunsch, in der Außenpolitik möglichste Annäherung zu erreichen, zwischen uns, Herr Bundeskanzler, unvermeidbar ist; denn es ist der Kampf zwischen zwei Welten, einer versunkenen Welt, als deren Sprecher Sie heute gelten dürfen (Heiterkeit und Rufe rechts: Aha! — Beifall bei der SPD) und mit deren Argumenten Sie heute operieren. Jedenfalls ist es insofern eine versunkene Welt, als hier der Versuch gemacht worden ist, autoritär alles niederzublitzeln, was nicht an die Gottähnlichkeit des Herrn Bundeskanzlers glaubt. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Wir haben gesehen, daß es der Mangel einer politischen Planung ist, der den Bundeskanzler und seine Regierung in diese Position der Verärgerung und der persönlichen Polemik geführt hat. Wir wünschen, diese Polemik nicht persönlich zu führen. Wir wünschen die große politische Auseinandersetzung, und be. dieser ist der deutschen Sozialdemokratie nicht bange; denn sie vertritt die Notwendigkeiten des deutschen Volkes, die in diesem Fall konform sind mit den Notwendigkeiten der Neuorganisation Europas.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zurufe rechts.)

Sopade

Die sozialdemokratische Parteikorrespondenz, „Der Sopade“, erscheint seit Oktober 1949 monatlich zum Organisationspreis von 1,80 DM für das Vierteljahr. Fordern Sie bitte kostenlose Probenummern dieser interessanten Kurznachrichten aus Politik, Wirtschaft und Verkehr an.

Neuer Vorwärts-Verlag, Nau & Co.
Hannover, Odeonstraße 16



Und die Frau?

Politisch interessierte Frauen lesen gern das für die Funktionärinnen der SPD monatlich erscheinende Blatt „Gleichheit“. Es behandelt offen und ausführlich alle Fragen, welche die im heutigen Leben stehenden Frauen angeht. Bezug durch die Post vierteljährlich 0,60 DM.

Neuer Vorwärts-Verlag, Nau & Co.
Hannover, Odeonstraße 16

Die demokratische GEMEINDE

Monatsschrift für kommunale Politik in Stadt und Land

In jedem Heft werden aktuelle
kommunalpolitische Probleme behandelt

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE

Ist das zentrale kommunalpolitische
Organ der SPD

Postbezug vierteljährl. 1,50 DM einschl. Zustellgebühr

Herausgeber: Neuer Vorwärts-Verlag, Hannover, Odeonstraße 16.